

*Abminderungs-Sonstige.*

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Gemeinde Wien für die Kriegsanleihe unter Zusammenfassung aller einschlägigen Fonds 27.4 Millionen Kronen zeichnen werde.

Die Konferenz erklärt sich hiemit einstimmig einverstanden.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß berichtet, daß sich die Gemeinde und das Arbeitsministerium seit sechs Wochen mit der Sicherstellung von Kohle beschäftigen. Verhandlungen mit Kohlenhändlern und Produzenten erzielten kein Resultat. Es wurde nach einem Rechtsobjekt für die Bevorratung in Wien gesucht. Es solle ein eiserner Vorrat geschaffen werden. Dieses Rechtsobjekt sei die Gemeinde Wien mit der Kofsektion der Länderbank. Es solle ein Vorrat von 180.000 bis 200.000 t geschaffen werden. Einen eventuell verbleibenden Rest müsse die Gemeinde übernehmen. Die Gemeinde habe zu besorgen die Beschaffung (Transport) und die Lagerplätze. Der Bürgermeister habe sich persönlich an einen Kohlengrubenbesitzer wegen Lieferung ober-schlesischer Kohle für die Gemeinde Wien gewendet, die Kohlen-großhändler hätten auf einem Umwege versucht, dies zu hinter-treiben. Dieser Kohlengrubenbesitzer habe aber hinter dem Rücken der Großkohlenhändler in Wien mit der Gemeinde Wien geschlossen, und zwar auf Lieferung von 15.000 Waggons bis Ende Jänner und 3000 Waggons (täglich 20) für die Gaswerke, das sind zusammen 180.000 t.

Durch den Waggonmangel einerseits und durch die Sperrung der Nordbahn andererseits konnte die Gemeinde bis heute von der ober-schlesischen Kohle nichts erhalten.

Es kämen noch folgende Reviere der Kohlenversorgung in Betracht: Preußisch-Schlesien, Ostrau-Karwin und die böhmischen Stein- und Braunkohlenreviere.

Magistrats-Direktor Weiß verliest hierauf die Verordnung des Gesamtministeriums vom 11. November 1914, betreffend die Kohlenversorgung, R.-G.-Bl. Nr. 314, nach welcher, im Falle großen Kohlenmangels die Besitzer von Kohlenbergbauen zur Lieferung von Kohle in bestimmten Mengen und Sorten aus ihren Betrieben verpflichtet werden können und bestehende Schlüsse nicht von der Verpflichtung zur Lieferung der angeforderten Kohle entheben und weiters, daß zur Steigerung der Kohlen-gewinnung Übersichten und Sonntagschichten anzuordnen sind.

Sofort nach dem Erscheinen dieser Verordnung habe die Gemeinde Wien 200.000 t Kohle beansprucht. Davon seien gestern 8 Waggons eingelangt. Es handle sich nun darum, Lager-plätze für die Kohlen und Rutschen zu verschaffen. 16 Rutschen am Nordbahnhof wurden gekündigt. Dieselben wurden sofort von der Gemeinde übernommen. Die Gemeinde habe sich bereits einen Lagerplatz am Nordbahnhof für 50.000, einen bei den Elektrizitätswerken in der Engerthstraße für 42.000, einen am Westbahnhof und einen am Südbahnhof für je 20.000 t ge-sichert. Die aus diesem Anlasse erforderlichen Kosten betragen zirka 130.000 K. Diese Vorräte würde die Gemeinde dann zum Selbstkostenpreise abgeben.

Die Konferenz nimmt sohin folgendes mit Stimmen-einhelligkeit genehmigend zur Kenntnis:

1. Den Abschluß des Vertrages mit dem vorerwähnten Kohlen-großhändler auf Lieferung von 180.000 t ober-schlesischer Steinkohle;
2. die Geltendmachung des Anspruches beim k. k. Arbeits-ministerium auf 200.000 t Kohle im Sinne der kaiserlichen Ver-ordnung vom 11. November 1914, betreffend die Kohlen-versorgung;

3. die seitens des Magistrates hinsichtlich der Kohlen deponierung getroffenen Maßnahmen (Kosten von 130.000 bis 150.000 K für Beschaffung der Lagerplätze u.);

4. die seinerzeitige Abgabe der Kohle zum Selbstkostenpreis. Gem.-Rat Skaret erklärt, daß der größte Teil der böhmischen Kohle nach Deutschland gehe. Bei weiterem Fort-schreiten der militärischen Operationen im Norden könnte das schlesische Kohlenbecken ganz ausgeschaltet werden. Es solle eine Maßregel ergriffen werden, um die böhmische Braunkohle aus-schließlich für Wien zu sichern.

Diesen Ausführungen gegenüber bemerkt der Bürger-meister, daß die hinsichtlich der Kohlenversorgung zu treffenden Maßnahmen nicht gar zu weit führen dürfen, weil aus der ganzen Aktion möglicherweise auch Verluste für die Gemeinde eintreten können.

Gem.-Rat Neumann teilt mit, daß nach seinen Informa-tionen eine Verweigerung von Überstunden durch die Arbeiter-organisation — wie kürzlich behauptet worden sei — nicht statt-gefunden habe, sondern daß der Hauptgrund des Kohlenmangels auf die mangelnde Beistellung von Waggons zurückzuführen sei. Die Vortrefflichkeit der Anordnungen, die von Seite des Prä-sidiums in der Kohlenfrage getroffen wurden, sei über jeden Zweifel erhaben. Daß die Gemeinde bei dieser Gelegenheit Kohlenlagerplätze bekomme, dürste sich auch für die Zeiten des Friedens als sehr vorteilhaft erweisen.

Gem.-Rat Schmid meint, man könne auch die steirische (Köflacher-)Kohle als letzte Reserve ins Auge fassen. Weiters regt er an, die Obmänner-Konferenz möge feststellen, daß sich die Regierung eines schweren Fehlers dadurch schuldig gemacht habe, daß sie den Donau-Oder-Kanal nicht gebaut habe. Der Sorge in der Kohlenfrage wäre die Gemeinde dadurch enthoben.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß erklärt, die Anregung des Gem.-Rates Schmid, betreffend der Köflacher-Kohle, Rechnung tragen zu wollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ersucht, den für Approvisionierungszwecke genehmigten Kredit von 5 Millionen Kronen um weitere 5 Millionen Kronen, das ist auf 10 Millionen Kronen zu erhöhen.

Dem Ersuchen des Bürgermeisters wird von der Konferenz einstimmig Folge gegeben.

Gem.-Rat Steiner bringt hierauf den nachstehenden Bericht über die bisherige Tätigkeit der Kommission für soziale Fürsorge in Wien und Niederösterreich zur Kenntnis.

Bericht über die bisherige Tätigkeit der Kommission für soziale Fürsorge in Wien und Niederösterreich.

Zur Ergänzung der Zentralstelle für die Angehörigen von Einberufenen und für die durch den Krieg in Notlage Geratenen hat Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Herrn Statthalter und Landmarschall die „Kommission für soziale Fürsorge in Wien und Niederösterreich“ mit der Be-stimmung eingesetzt, bei der Fürsorge für die durch den Krieg in Not geratene Bevölkerung mitzuwirken.

Bei der unter dem Voritze Seiner Exzellenz des Herrn Bürgermeisters stattgehabten konstituierenden Sitzung der Kom-mission wurde die Behandlung der der Kommission zugewiesenen Agenden in vier Sektionen beschlossen.